

# Das soziale Barometer steht auf Sturm

Autor(en): **Altner, Helmut**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **50 (1958)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353836>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Das soziale Barometer steht auf Sturm

Der Monat September sah nach Abschluß der Ferienperiode in zahlreichen französischen Departementen die soziale Agitation in einem Ausmaß ansteigen, daß von gewerkschaftlicher Seite mit bedeutenden Auseinandersetzungen in der ersten Oktoberhälfte gerechnet wurde. In der Tat hatte die Unzufriedenheit unter den breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger seit Mitte des Jahres als Folge der ständigen Preissteigerungen und der dadurch verursachten Verminderung des Lebensniveaus ständig zugenommen. Der Regierungssturz verhinderte zunächst eine erwartete Explosion, da die französischen Gewerkschaften traditionsgemäß in einer Periode der Krise Aktionsmaßnahmen größeren Ausmaßes zurückstellen. Die neue Regierung wird sich jedoch umgehend mit der sozialen Frage befassen müssen, wenn sie eine umfassende Streikbewegung, die die der Augusttage 1953 noch übertreffen könnte, verhindern will. Eine solche ist durch die Umstände lediglich verschoben, jedoch nicht aufgehoben worden.

Die Träger der gegenwärtigen sozialen Agitation sind die Metallarbeiter, Bauarbeiter und die Staatsangestellten. Während der Septemberwochen begannen in den bekannten Schiffsbauzentren Westfrankreichs, deren Arbeiter für die Härte der ausgefochtenen Arbeitskämpfe bekannt sind, Kurzstreiks und Langsamarbeit-Streiks, um das Patronat zur Annahme der Forderungen auf eine bedeutende Erhöhung der Stundenlöhne (30 Franken) sowie die einmalige Auszahlung einer Teuerungprämie zu zwingen. Diese Ausstandsbewegungen griffen auf das gesamte westfranzösische Gebiet über, die Forderungen wurden zudem von den Metallos Mittelfrankreichs übernommen, wo es in St-Etienne und anderen Metallzentren zu Kurzstreiks und 24stündigen Arbeitsniederlegungen kam. Ende September erreichte die Streikwelle, von der Provinz ausgehend, die französische Hauptstadt. Die 57 000 Angestellten und Arbeiter der verstaatlichten Renault-Automobilwerke legten für zwei Stunden die Arbeit nieder. Die Forderungen bei Renault lauteten auf eine Neufassung des Betriebskollektivvertrages, da nach der Ansicht der Gewerkschaften der vor zwei Jahren abgeschlossene Vertrag durch die Nichterfüllung der Punkte, die eine automatische Erhöhung der Löhne bei Preissteigerungen vorsahen, hinfällig geworden war. Eine Lohnanhebung von 30 bis 40 Franken sowie eine einmalig auszuzahlende Teuerungsprämie von 10 000 Franken wurden gefordert. Das Uebergreifen der Streikbewegung auf die Renaultwerke sollte eine besondere Bedeutung erhalten, da nach dem Beispiel des Renaultvertrages zahlreiche Großbetriebe der Hauptstadt und der Provinz ihre eigenen Kollektivverträge ausrichteten und die Renaultwerke in der Metallindustrie als die sogenannten «Usine-pilote» gelten, von denen aus die Forderungen dann allgemein von den

anderen Betrieben der Metallbranche übernommen werden. Die Septemberstreiks sollten jedoch nur ein Vorgefecht sein. Am 1. Oktober wurde in West- und Mittelfrankreich ein «Tag der Aktion» durchgeführt mit Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. Ein gleicher «Aktionstag» erfaßte am 3. Oktober im Landesmaßstab 1,5 Millionen Metall- und Bauarbeiter, die für wenige Stunden bzw. 24 Stunden (St-Etienne) ihre Arbeit niederlegten. In einigen Landesteilen erfolgte dabei eine Ausweitung der Aktion auf die chemische Industrie und das Verkehrsgewerbe.

Auch nach dem Regierungssturz, der normalerweise ein Abflauen der Bewegung auslöste, nahm die Agitation weiter zu. Sowohl in der Provinz – hier in erster Linie in St-Nazaire, Nantes usw. – sowie im Pariser Industriebecken kam und kommt es zu weiteren Arbeitsniederlegungen, wenn diese auch gegenwärtig nur auf lokaler Ebene erfolgen. Von den Gewerkschaften wurden inzwischen die Mindestforderungen koordiniert. Die Force ouvrière forderte zusammen mit anderen Gewerkschaftsverbänden die Erhöhung des garantierten Mindeststundenlohnes auf 173 Franken pro Stunde. Das heißt einen garantierten Mindestmonatslohn von 30 000 Franken bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden. Die Forderung auf einen garantierten Mindestmonatslohn für Arbeiter hat damit erneut Aktualität erhalten. Was die Staatsangestellten und -beamten anbetrifft, so zählen diese gegenwärtig ebenfalls zu den Trägern der Auseinandersetzungen auf der Sozialfront. Sowohl in der letzten September- als auch in der ersten Oktoberwoche konnte ein geplanter Generalstreik der Eisenbahner buchstäblich in letzter Minute verhindert werden durch die Bereitschaftserklärung der Staatsbehörden, über die Forderungen zu diskutieren. Die Gefahr eines solchen Generalstreiks ist jedoch keinesfalls abgewendet, sie wird bald nach der Regierungsneubildung wieder in stärkerem Maße bestehen. Auch unter den Postbeamten und -angestellten, den Angestellten der Sozialversicherung, der Elektrizitäts- und Gaswerke usw. nimmt das Fieber zu, hier kam es vereinzelt bereits zu Arbeitsniederlegungen. Die allgemeine Forderung lautet hier auf eine Erhöhung der Gehälter, wobei die kürzlich erfolgte als überholt bezeichnet wird, da diese im vergangenen Jahr bereits vorgesehen war und auf die inzwischen erfolgte bedeutende Erhöhung der Preise keine Rücksicht nimmt. Auch hier steht an der Spitze der Forderungen zusätzlich eine einmalige Teuerungsprämie, um die inzwischen erfolgte Minderung der Kaufkraft einigermaßen zu kompensieren.

Betrachtet man die gegenwärtige Unzufriedenheit unter den breiten Massen, die durch ein Uebergreifen der Ausstandsbewegungen auf den Bergbau, die Lebensmittelindustrie usw. in der ersten Oktoberhälfte weiter an Bedeutung gewann, so muß hervorgehoben werden, daß diese durch die Weigerung der inzwischen gestürzten Regierung, größere Lohnerhöhungen zuzugestehen, verschärft wurde.

Die fünfprozentige Erhöhung des garantierten Mindeststundenlohns kam nur einem unbedeutenden Teil der Arbeitnehmerschaft zugute, konnte aber an der inzwischen erfolgten allgemeinen Kaufkraftminderung der breiten Massen nichts ändern. Der Vorschlag, durch die Garantierung von Festpreisen für die wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter die Gewerkschaftsverbände zu einem sechsmonatigen Stillhalteabkommen zu bewegen, mußte abgelehnt werden, da sich die bisherigen Preisbindungsmaßnahmen als fast völlig wirkungslos erwiesen haben und eine angemessene Erhöhung der Löhne als Ausgleich zu den seit Mai erfolgten Preissteigerungen als unablässig angesehen wurde, bevor neue Verhandlungen gepflogen werden konnten. Tatsächlich hat sich die Aufwärtsbewegung der Preise keineswegs abgebremst, die Kaufkraft der Löhne sinkt weiter. Der Druck der Massen ist heute so stark, daß mit kleineren Zugeständnissen – wie sie etwa das Patronat in den westfranzösischen Metallzentren mit 2,7 Prozent Lohnerhöhung vorschlug – die Ruhe auf der Sozialfront nicht wieder herzustellen ist. Das soziale Barometer steht auf Sturm. Eine neue Regierung wird nicht umhin können, vor der Inangriffnahme anderer Probleme zunächst die soziale Frage zu lösen. Eine allgemeine Neuordnung des Lohnsystems läßt sich heute bei der fortgeschrittenen Entwicklung nicht mehr umgehen. Ob es zu den bereits früher erwarteten, durch die Krise verschobenen, harten Auseinandersetzungen auf der Sozialfront kommen wird, hängt allein davon ab, ob sich Regierung und Patronat über die Entschlossenheit der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter, der Gewerkschaften, Rechenschaft ablegen, nicht mehr länger abzuwarten und mit allen Mitteln eine Besserung zu erzwingen. Die Verantwortung für eine das ganze Land umfassende Streikwelle kann dann jedoch keinesfalls den Gewerkschaftsverbänden aufgebürdet werden, da diese seit langen Monaten ihre Forderungen anmelden, ohne daß ihnen das geringste Entgegenkommen gezeigt wurde. Die Massen der französischen Werktätigen sind nicht mehr länger bereit, die Folgen einer verfehlten Politik und Wirtschaftspolitik zu tragen und tatenlos zuzusehen, wie sich andere Bevölkerungsgruppen durch die Ohnmacht der Behörden, Ordnung zu schaffen, ermutigt, weiterhin auf ihre Kosten schamlos bereichern. Die Erbitterung hat ein Ausmaß erreicht, wie es in den Nachkriegsjahren bisher selten beobachtet werden konnte. Das Gewitter ist im Anmarsch, es fehlt nur ein Funke, um es in aller Macht herniederbrechen zu lassen.

*Helmut Altner, Paris*